

Interpellation OKB und Klimaziele des Pariser Klimaabkommens

Frau Präsidentin,
geschätzte Damen und Herren

Ich danke der Regierungsrätin Frau May Büchi und Ihren Leuten für die Beantwortung der Interpellation.

In meiner Interpellation wollte ich in Erfahrung bringen, wie sehr die Klimaverträglichkeit bei den getätigten Investments bewusst im Focus steht und ob Kriterien für eine Dekarbonisierung bei den Investments beachtet werden. Der Schweizer Finanzplatz gilt nämlich als der grösste "Klimahebel" in der Schweiz. Eine Überprüfung des BAFU vor zwei Jahren zeigte ein unerfreuliches Ergebnis. Das Investitionsverhalten der Banken und Versicherungen wirke auf eine Klimaerhitzung um 4 bis 6 Grad hin. Das ist drei Mal so viel wie es der Klimaschutzvertrag des Pariser Abkommens anstrebt.

In der Antwort der Regierung heisst es, die direkte Befolgung des Pariser Abkommens durch einzelne Betriebe sei weder möglich noch sinnvoll. Da kommt zum Ausdruck, dass die Regierung selbst keine Möglichkeit und keinen Grund sieht zu handeln. Die Kriterien seien umstritten und grundsätzlich, wo es sinnvoll und möglich sei, werden die Klimaziele beachtet. Eben sehr pragmatisch, was nützlich und gut ist wird gemacht. Nach einer gezielten CO₂ freundliche Investitionstätigkeit tönt das nicht.

Ein erfolgreicher Umgang mit dem Klimawandel verlangt nach neuen Lösungsansätzen und bietet somit auch Anlagechancen. Genau diesen Weg wählt aktuell die [Kantonalbank von Baselland](#), welche sich öffentlich zu den Zielen des Klimastreiks bekennt. Sie bietet z.B. bereits auf der Website verschiedene klimafreundliche Anlageprodukt an und ist dank ihren breit abgestützten Anstrengungen mit einem internationalen Preis gewürdigt worden.

Ebenfalls die Personalvorsorge Kasse Obwalden (PVO) z.B. nimmt ihre Verantwortung bezüglich Dekarbonisierung wahr. Sie hat sich am Klimaverträglichkeitstest beteiligt und orientiert sich an den sogenannten [ESG-Kriterien](#). (Umwelt, Soziales, Aufsichtskriterien) Aus diesem Grund hat sich der Vorstand der PVO 2018 auch entschieden, aus den Investitionen im Bereich der Commodities (Agrarprodukte, Metalle sowie Kohle, Oel etc.) auszusteigen.

Der Neubau des Verwaltungsgebäudes der OKB mit einheimischem Holz und das Mobilitätskonzept mit zwei Elektroautos und einer eigenen «nextbike»- Velo-Verleihstation am Hauptsitz sind vorbildlich und ganz im Sinne des Pariser Klimaabkommens. Detailliertere Angaben dazu konnten wir bereits an der letzten Kantonsratssitzung vernehmen. Schön wäre es, wenn sich dieser grossartige Ansatz auch bei den eigentlichen Geschäftstätigkeiten der OKB fortsetzen würde.

Ein Anfang ist gemacht, so werden Hypotheken für Bauen oder Renovieren nach Minergie- oder holzpur-Standard bei der OKB zu Vorzugskonditionen vergeben. Dieses Angebot könnte erweitert werden z.B. mit einer attraktiven Energie-Hypothek für alle CO₂ vermindernenden Investitionen, wie z.B. der Solarstromproduktion etc. Kreative Angebote könnten zusammen mit dem EWO ausgearbeitet werden.

Mit der 2020 eingesetzten Sustainable Finance Kommission hat die OKB bereits reagiert und das Potential für nachhaltige Investments wäre da. Die Chance eine CO₂-neutrale Bank zu

werden und somit ihre Verantwortung zu übernehmen und sich damit von den Schweizer Grossbanken abzuheben, könnte eine Vision sein.

Heute Morgen konnten wir beim Eingang ein Transparent mit der Aufschrift «Das K in Obwalden steht für Klimaschutz» lesen. Das Wort Obwalden hat aber kein K. Also kein K, kein Klimaschutz. In der Bezeichnung OKB hat es jedoch ein K, es steht schön in der Mitte. Meine Vision ist, dass es der OKB gelingt, den Klimaschutz in ihre Investments einzubetten und bin gespannt ob im nächsten Nachhaltigkeitsbericht der OKB das Wort Klima oder Ökologie präsent ist und ob die Teilnahme am Klimaverträglichkeitstest nachgeholt wird.

Eine Diskussion wir nicht beantragt.

Josef Allenbach, Kantonsratsitzung vom 10.9.20